

## Kürzungspaket gegen Frauen

Frauen werden wieder einmal zur Kasse gebeten: bei den Pensionen, im Gesundheits- und Sozialbereich und im öffentlichen Dienst. Während den wirklich Reichen (die mit Besitz und Vermögen) das „Stabilitätspaket“ sicher keine schlaflosen Nächte bereitet, werden viele Frauen weniger Euros umdrehen und mehr Gratisarbeit leisten müssen.

Seite 2

## Griechenland: Kampf gegen Müll

Die Regierung in Athen unterstützt Konzerne bei schmutzigen Geschäften mit Müll auf Kosten von Natur und Bevölkerung. Dagegen regt sich Widerstand: mit Erfolg! Nach heftigen Kämpfen konnten einige Projekte gestoppt werden. Diese dienen jetzt im ganzen Land als positive Beispiele: Regierung und Konzerne lassen sich besiegen!

Seite 12

## Schwerpunkt

**Gewerkschaften in der Krise?** In ganz Europa häufen sich Arbeitskämpfe und Generalstreiks. In Österreich stimmt der ÖGB dem Sparpaket zu, statt ernsthaft Widerstand zu organisieren. **Seiten 7-10**



# VORWÄRTS

**SLP**  
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-  
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 206 | 03.2012

# Kürzungspaket bekämpfen!

203 Seiten umfasst das Horrorpaket der Regierung, auf der Homepage der Regierung findet sich aber nur eine 17-Seiten Variante. Darin befinden sich v.a. Überschriften, was genau geplant ist, kann man nur schwer heraus lesen. Faymann & Spindelegger wissen ganz genau, warum sie das gesamte Paket nicht an die große Glocke hängen wollen. Denn es ist ein Frontalangriff auf ArbeiterInnen und ihre Familien. Wohnungen werden teurer, Bausparverträge zu miesen Knebelverträgen und Jobs für Junge werden rar: davon sind

auch im Bildungswesen zu Verschlechterungen führen. Durch die Hintertüre wird über Länder und Krankenkassen bei Sozialleistungen und im Gesundheitsbereich Kahl-schlag betrieben.

Das Gerede über soziale Ausgewogenheit ist nichts als Lüge. Vermögende und Unternehmen werden kaum zu Kasse gebeten. Wieder einmal versucht die Regierung uns die Kosten der Krise umzuhängen, die wir nicht verursacht haben! Wenn die SPÖ behauptet, sie hätte eh gerne anders, könnte aber nicht, leider, we-



Fotomontage: Copyleft Alex Swoidl

## Es ist Aufgabe der Gewerkschaft, das Kürzungspaket zu bekämpfen!

v.a. Jugendliche betroffen. PensionistInnen werden um ihre Pension betrogen. Arbeitslose und Kranke bestraft und in die Armut getrieben. Der Öffentliche Dienst soll wieder einmal als Sündenbock herhalten, die Kürzungen werden

gen des Koalitionspartners, dann ist das schlicht nicht wahr! In Wien hat SPÖ-Stadträtin Brauner bereits eine Nulllohnrunde im Öffentlichen Dienst angekündigt. Wieder eine Maßnahme, die NICHT die Reichen trifft!

Es ist ein Skandal, dass die Spitzen von ÖGB und Gewerkschaften dem Paket zustimmen wollen. Das Kürzungspaket ist kein Naturgesetz und „muss“ nicht sein – wir müssen es bekämpfen! Über 70% erwarten weitere Kürzungen. Damit werden sie recht behalten, wenn wir es nicht verhindern. Warum sollen wir bluten, um die Gewinne von Banken

& Konzernen zu sichern? Wenn die Gewerkschaftsführung nicht bereit ist, Widerstand zu organisieren, dann müssen wir das gemeinsam und von unten machen. Denn wir können uns den Raub an unseren Löhnen und Pensionen, die Zerschlagung des Gesundheitswesens und den Diebstahl unserer Zukunft nicht leisten!

Sonja Grusch

### Die SLP fordert:

- KeinE GewerkschafterIn darf Sparpaketen, Lohnraub oder Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen zustimmen.
- Einen Aktions- und Streiktag als ersten Schritt im Widerstand
- Gewerkschaftlicher und betrieblicher Widerstand, bis das Paket fällt!

Der Standpunkt



**von Sonja Grusch** In 20 Jahren kann viel geschehen. Menschen verändern sich, Organisationen auch. Manche werden älter, verfeinern ihre Analysen, bleiben ihren Ideen aber treu. Andere werfen sie wie lästigen Ballast über Bord. Vor 20 Jahren wurde ich gemeinsam mit vier anderen „Vorwärtlern“ aus der SPÖ-Jugendorganisation ausgeschlossen. Ich bin gegen die EG/EU, das Europa der Banken und Konzerne eingetreten, und dafür, dass der ÖGB kämpferischer die Rechte der ArbeiterInnenbewegung vertritt. Ich war aktiv gegen Rassismus und Haider's FPÖ. Die Themen sind auch heute noch/wieder hochaktuell, der organisatorische

## Sozialdemokratie: 20 Jahre nach rechts

Rahmen ist ein anderer. Ich bin nicht aus der Sozialdemokratie gegangen, weil ich beleidigt über meinen Ausschluss war. Damit musste man in der SPÖ immer rechnen als aufrechter SozialistIn. Ich bin gegangen, weil die SPÖ nicht einmal mehr ein kleineres Übel war, um die Rechte von Jugendlichen und ArbeiterInnen zu verteidigen, sondern mit Privatisierung, Sparpaketen und rassistischen Gesetzen zur Speerspitze der Angriffe geworden ist.

Seit damals gibt es immer wieder Linke in der SPÖ, die doch noch auf eine „Rückbesinnung auf alte Werte“ hoffen. Eine Generation von Jugendlichen nach der Anderen wird von ihnen verheizt im erfolglosen Kampf um die ehemalige ArbeiterInnenpartei SPÖ. Das Argument „wenn alle Linken in der SPÖ blieben, dann könnten wir das Ruder herumreißen“ ist falsch, da die SPÖ sich nicht nur von sozialistischen Inhalten, sondern auch von demokratischen Strukturen und einer Verankerung in der ArbeiterInnenklasse verabschiedet hat. Wenn aber all die Linken, die immer noch in Kadavergehorsam nach den guten alten Kreisky-Zeiten schielen, nicht mehr in der SPÖ wären, wenn sie den Schritt wagen würden zum Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei. Dann gäbe es endlich, nach 20 Jahren, etwas wirklich Neues!

### Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien. | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U | Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



## Kürzungspaket gegen Frauen

**Einer der größten** Brocken im Kürzungspaket sind die Pensionen. Frauen sind aufgrund ihrer niedrigen Durchschnittspensionen

Frauen in höherem Ausmaß betroffen: 40% der Frauen sind zum Pensionsantritt unter 50 Jahre alt (22% der Männer).

unbezahlte Arbeit leisten, wenn öffentliche Dienstleitungen (wie Pflege) gestrichen werden. Und bei Fraueneinrichtungen wird

*Während auch die Regierungsseite den Frauentag feiert, wird bei Frauen wieder einmal abkassiert.*

besonders von der „Harmonisierung“ und der Anpassung der Pensionen unter der Inflation betroffen. Sie werden weiter in die Altersarmut gedrängt. Wenn mehr Versicherungsjahre notwendig sind, um früher in Pension zu gehen, wird Frauen der Weg in die Frühpension versperrt, da sie aufgrund von Betreuungspflichten auf weniger Versicherungsjahre kommen. Auch von der Abschaffung der Invaliditätspension sind

Aufgrund ihrer prekären Einkommenssituation sind Frauen stark auf staatliche Transferleistungen und Dienstleistungen angewiesen und sind stärker betroffen, wenn in diesen Bereichen gespart wird. Die zu erwartenden Kürzungen im Gesundheits- und Sozialbereich treffen Frauen auch daher besonders, weil sie etwa 80% der Beschäftigten stellen. Auch werden wieder Frauen einspringen und mehr

auch gekürzt werden.

Frauen haben auch eine wichtige Rolle bei den Kämpfen gegen die Kürzungen. Bei den Protesten im Sozial- und Gesundheitsbereich, die seit Ende 2010 laufend stattfinden, spielen Frauen die zentrale Rolle. Frauen haben auch an der Aushebelung der Spar(un)logik ein elementares Interesse, da sie zu den zentralen Opfern der kapitalistischen Kürzungspolitik gehören. **Claudia Sorger**

## Frauen stärker als Männer gefährdet, im Alter arm zu sein

**Frauen sind** von den Pensionskürzungen besonders betroffen, da viele jetzt schon von Pensionen leben, die kaum zum Leben reichen. 2010 erhielten Männer aus der gesetzlichen Pensionsvorsorge durchschnittlich 1.296 Euro und Frauen nur 784 Euro. Daher sind auch mehr Frauen im Alter von Armut bedroht als Männer. Während Männer über 65 Jahre im Jahr 2009 zu 11 % als armutsgefährdet galten, waren es

18 % der Frauen im Alter über 65 Jahre, bzw. bei alleinlebenden Frauen sogar 28%. Wenn die obersten Pensionisten „vertreter“ Kohl und Blecha dem Paket zustimmen, dann ignorieren sie die Situation von PensionistInnen! In anderen Ländern sind PensionistInnen bereits ein wichtiger Teil der Proteste. Die SLP fordert eine Mindestpension von 1.200,- netto, um ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen!



## Jobabbau im öffentlichen Dienst öffnet Einkommensschere

**Das mittlere Bruttojahres-**einkommen von unselbstständig erwerbstätigen Frauen liegt in Österreich bei nur 60 % von dem der Männer. In der Privatwirtschaft ist der geschlechtsspezifische Einkommensunterschied deutlich größer als im öffentlichen Dienst. So verdienen weibliche Vertragsbedienstete 77% des Bruttojahreseinkommens ihrer männlichen Kollegen. Der kleinste Einkommensunterschied besteht mit nur sieben Pro-

zentpunkten zwischen Beamtinnen und Beamten.

Von Nulllohnstunden und Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst sind auch Kindergärtnerinnen, Lehrerinnen und Frauen im Sozial- und Gesundheitsbereich betroffen. Die Einkommensschere wird sich noch weiter öffnen. Das Ziel des Stellenabbaus im öffentlichen Bereich ist es auch, einen Lohndruck nach unten zu erzeugen, der Frauen überproportional trifft.

# Haltet die Diebe



**Zahlungen ohne** nachvollziehbare Gegenleistung, manipulierte Börsenkurse, zweifelhafte Großauftragsvergaben, Inserate

oder Sozialleistungen abhängig sind, haben keinerlei Einfluss auf diese Herrschaft von Unternehmen, Regierung und Par-

überschritten wird. Dann gibt es manchmal die Bestrafung eines Bauernopfers. Damit wird der berechnete Zorn der Bevöl-

nis“ - die Firmenbücher müssen von Belegschaft und den Organisationen der ArbeiterInnenklasse kontrolliert werden. Es ist absurd, dass korrupte PolitikerInnen Millionen hinterziehen und dafür weitgehend ungestraft davonkommen.

## Die Herrschenden kontrollieren sich selbst und liefern bestenfalls Bauernopfer.

gegen wohlwollende Berichterstattung, gekaufte Gesetze. Machenschaften einzelner „böser“ Menschen? Keineswegs. Korruption ist normale Herrschaftsform. Wirtschaft und etablierte Politik üben sie gemeinsam aus. Im Kapitalismus geht das gar nicht anders. Es geht um Profite, also werden sie auch mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln maximiert. Wir, die wir von eigener Arbeit und/

lament. Eine Partei, die unsere Interessen vertritt, gibt es dort nicht.

**Einige treiben** die eigene Bereicherung auf die Spitze und wir werden noch lange die Leichen aus dem schwarz-blau-orangen Moor langsam auftauchen sehen. Aber beteiligt an diesem Herrschaftssystem sind alle etablierten Parteien. Selten wird bekannt, wenn eine strafrechtlich relevante Grenze

kerung beruhigt und das System aufrechterhalten. Schuldzuweisungen innerhalb der herrschenden Klasse lenken davon ab, dass Korruption systemimmanent ist.

**Untersuchungsausschüsse** sind Beruhigungsspillen. Wirksame Kontrolle muss von den Opfern, nicht den Nutznießern dieses Systems ausgeübt werden. Schluss mit der Nebelgranate „Betriebsheim-

**Wer KundInnen, KlientInnen und Belegschaft bestiehlt,** gehört enteignet. Der Kauf von Gesetzen und manipulative Aktienkäufe passieren mit unserem Geld. Verhindert kann das deshalb nur werden, wenn Unternehmen wie Telekom, BUWOG, ASFINAG, ÖBB etc. uns gehören, von uns kontrolliert werden und sich nicht an Profitinteressen orientieren.

**Helga Schröder**

### Der rechte Rand

#### Rot-Blau Front im 15. Bezirk

Mit den „Wiener Positionen zum Zusammenleben“ machte Häupls SPÖ einen weiteren Schritt nach Rechts. In sechs Punkten stellt sie Regeln auf, die MigrantInnen zuallererst als Gefahr für das „Wiener Lebensgefühl“ diffamieren. „Die gemeinsame Sprache in Wien ist Deutsch. Wer hier leben will, muss Deutsch können.“ oder „Verhaltensweisen, die unseren gesellschaftlichen Regeln und Werten widersprechen, sind nicht erwünscht.“, heißt es im Dokument.

Die FPÖ sagte, die Positionen stammten aus ihrem Programm, und begrüßte die SP-Abkehr vom „Multikulti Wahn“. Im Bezirksparlament Rudolfsheim-Fünfhaus brachte sie die Überschriften als „Integrationsleitlinien“ ein. Die SPÖ stimmte zu. Die SPÖ ist auch mit dem Sparpaket mitverantwortlich für die sozialen Probleme in Wien. Diese sind Grundlage für rassistische Propaganda. Wer die sozialen Wurzeln des Rassismus nicht bekämpft, landet rasch bei der rassistischen Logik der FPÖ.

#### FPÖ setzt Sozialabbau durch

FP-Landesrat Haimbuchner brachte seine Kürzungsvorschläge für die Wohnbeihilfe in Oberösterreich durch: Die Förderungen für Bedürftige wurden um bis zu 100€ pro Monat gekürzt. Insgesamt werden nun höchstens 300€ pro Wohnung bezahlt, egal wie viele dort leben, egal wie hoch die Miete ist. Die Maßnahme wurde mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ beschlossen. Haimbuchner will jetzt auch andere Förderungen angreifen. Damit zeigen die Freiheitlichen wieder: Ihre soziale Rhetorik ist blanke Lüge. Dahinter verbirgt sich eine neoliberale Partei.

## Mädchen & Frauen – Traum & Wirklichkeit

**Arbeitsmarkt** Frauen verdienen in Österreich im Schnitt 31% weniger als Männer. Im EU-Schnitt Negativrekord. Außerdem ist der Anteil an Frauen im Erwerbsleben mit 65% immer noch deutlich unter der Quote von Männern mit 79,5%. In hochqualifizierten Positionen ist der Unterschied nochmals deutlich: 3% Frauen, mehr als doppelt so viele Männer.

www.wienerzeitung.at

**Job & Familie** Laut SO-RA-Umfrage wollen 2/3 der Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. 73% der 40-60-jährigen geben jedoch an, dass der Wiedereinstieg ein „sehr großes Problem“ ist. 21% aller Frauen unter 40 geben an, dass Berufstätigkeit mit Kinderbetreuung unvereinbar ist. Laut Umfrage der Zeitschrift Madonna gaben 46,1% an, dass die schwierige Vereinbarkeit auch psychische Auswirkungen hat.

**Lernwillig** Besonders türkischstämmige Mädchen haben ein hohes Bildungsniveau zum Ziel; 36 % möchten eine BHS besuchen, 14 % streben einen Hochschulabschluss an. Die Praxis sieht aber anders aus: Mädchen scheiden bereits früh aus dem formalen Bildungsweg aus. 14,3% der „ÖsterreicherInnen“ haben die Matura, unter Mädchen mit türkischem Background sind es nur 5,7 %.

Presse, 24. Jänner 2011

**Studium und wissenschaftliche Karriere** Von den insgesamt 350.247 Studierenden an den österreichischen Unis sind 188.716 Frauen. Unter den AbsolventInnen finden sich ebenfalls knapp mehr Frauen als Männer. Eine wissenschaftliche Karriere bleibt verschlossen. Der Anteil an Frauen mit Lehrstuhl beträgt in Österreich 19% - und liegt damit hinter dem Iran mit 20%.

www.femtech.at, Statistik Austria

**Streiken** kann sich auszahlen, je entschlossener umso mehr. Auch wenn es manchmal dauert, bis sich im Bewusstsein gegen den Druck des Unternehmens und aus Angst vor Kündigung die Idee durchsetzt, dass ein Arbeitskampf notwendig ist. Wenn die Belegschaft entschlossen streikt, sitzt das Unternehmen am kürzeren Ast. Das gilt genauso für ausländische Beschäftigte, die oft von den miserabelsten Bedingungen und der größten Ausbeutung betroffen sind. Ein Beispiel für einen erfolgreichen Arbeitskampf von "Gastarbeitern" ist der Streik 2005 bei der Baufirma GAMA in Irland. GAMA beschäf-

**Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!**

tigte dort 900 türkische Arbeiter mit einer Wochenarbeitszeit von 85 Stunden und einem Stundenlohn von 2,2 – 3,- (bei einem offiziellen Lohn von ca. 13,-/Stunde). So raubte GAMA den Beschäftigten insgesamt 30 Millionen Euro an Löhnen. GAMA übte Druck auf die türkischen Arbeiter aus, nicht zu streiken, indem es mit Kündigung und der Rücknahme der Arbeitserlaubnis für Irland drohte. Die Kollegen streikten trotzdem und konnten einen Großteil der ausstehenden Löhne zurückgewinnen. Beschäftigte, egal ob In- oder AusländerInnen, stehen den gleichen Interessen der Unternehmer nach höherem Profit und niedrigeren Löhnen gegenüber. Nur ein gemeinsamer Kampf aller ArbeiterInnen und besonders der am stärksten ausgebeuteten und mit den wenigsten Rechten (und das sind oft migrantische Beschäftigte) kann erfolgreich Lohnkürzungen und Sozialkahlschlag verhindern.

**Georg Kumer**



## Rot-Grün plant Nulllohnrunde!

**Kaum ist das Sparpaket** des Bundes präsentiert, startet die rot-grüne Stadtregierung Angriffe auf die 70.000 Wiener Ge-

werkschaftsspitze „verhandlungsbereit“ und zum Schluss kommt eine Verschlechterung, die von der Gewerkschaftsspitze als

Schwerstarbeit. Die über 10.000 Beschäftigten in den Wiener Krankenhäusern haben einen Job, der es oft nicht erlaubt, gesund

den leben zu können. Zum Glück regt sich Widerstand. Die „Konsequente Interessensvertretung“ –KIV-UG, in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten immerhin zweitstärkste Fraktion, hat bereits laut protestiert. Auch der Gewerkschaftliche Linksblock hat sich gegen eine Nulllohnrunde ausgesprochen. Diesen Worten müssen nun Taten folgen. Auch viele sozialdemokratische GewerkschafterInnen bei der Gemeinde Wien sind gegen eine Nulllohnrunde. Jetzt geht's darum mit Dienststellenversammlungen, Aktionen auf der Straße, vor dem Rathaus usw. die drohenden Angriffe abzuwehren.

**Michael Gehmacher**

## Wiener Gemeindebedienstete im Fadenkreuz der Kaputtsparer!

meindebediensteten. Von der Krankenschwester bis zum Müllfahrer: alle werden als Privilegierter abgestempelt. Das Spiel ist alt: Zuerst machen bürgerliche PolitikerInnen und Medien Stimmung. Sämtliche Klischees aus der Fernsehserie MA2412 werden dazu aufgekocht. Dann folgt eine Änderungsankündigung eines Politikers. Als nächstes zeigt sich die Ge-

„gerade noch vertretbarer Kompromiss“ verkauft wird.

Die Wiener Gemeindebediensteten werden als überbezahlte Schreibtischsitzer, die dauernd krank sind und zu früh in Pension gehen, abgestempelt. Die Realität schaut anders aus: Über 4.000 Menschen arbeiten bei den Verkehrsbetrieben. Tausende leisten bei der Müllabfuhr körperliche

in Pension zu gehen. Und auch hinter den Schreibtischen wird gearbeitet.

Vor allem jene Gruppen, die körperliche Arbeit leisten, haben oft geringe Einkommen. Eine Nulllohnrunde würde für sie eine massive Einkommenskürzung bedeuten. Es ist daher ein Skandal, wenn GdG-Chef Meidlinger meint, mit einer Nulllohnrunde unter bestimmten Umstän-



## Jugendarbeitslosigkeit: Nur das Beste für die Jugend?

**Im März** findet in Wien die BeSt, die „Messe für Beruf, Studium und Weiterbildung“ statt. Dort wird die große bunte Welt der (scheinbaren) Möglichkeiten präsentiert. Doch die Realität ist düster: Die Jugendarbeitslosigkeit stieg 2011 um drei Prozentpunkte und liegt nun bei 8,2%. Viele – vor allem aus Ost-Österreich – müssten in ein anderes Bundesland pendeln, um eine Ausbildung zu bekommen. Die allermeisten können nicht

das lernen, was sie eigentlich möchten. In überbetrieblichen Lehrstellen werden im 1. und 2. Lehrjahr 240 € und im 3. und 4. 555 € bezahlt, was ein eigenständiges Leben unmöglich macht.

Doch selbst wer eine Ausbildung abschließt, hat wenig rosige Zukunftsaussichten: Die Arbeitslosigkeit ist im letzten Jahr weiter gestiegen. Eine Trendumkehr ist nicht in Sicht. Auch die neue „Pensionsreform“ wird die

Situation am Arbeitsmarkt weiter verschärfen. Statt Arbeitszeitverkürzung, die Jobs schafft, wird die Arbeitszeit verlängert und so Jugendliche aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. Auch bei der Bildung wird gekürzt. Das Kürzungspaket ist auch ein Frontalangriff auf Jugendliche. Und Jugendliche werden sich dagegen wehren (müssen) wenn sie in Zukunft Jobs mit ordentlicher Bezahlung wollen!

**Herbert Wanko**

## BAGS: Große Proteste – Kleines Ergebnis

„Kämpferisch und Streik-FÄHIG statt Burnout und Streichfähig“: unter diesem Titel verteilten AktivistInnen der SLP Flugblätter an die ca. 6.000 DemonstrantInnen aus dem Sozialbereich bei den großen Demos am 1.2. in Linz, Graz und Wien. Die KollegInnen gingen auf die Straße um ihrem Verhandlungsteam den Rücken für KV-Verhandlungen zu stärken und ihre Kampfbereitschaft zu zeigen.

Leider griff die Gewerkschaft diese Kampfbereitschaft nicht auf. Statt einer lautstarken Demo gab es in Graz zuerst nur einen stillen Zug, der die Trauer über die bisherigen Verhandlungen ausdrücken sollte. Statt Sprechchöre zu organisieren, die auf die Situation und die Forderungen der DemonstrantInnen eingehen könnten versorgte die Gewerkschaft nur alle mit Trillerpfeifen.

Für Linz blieb der Schulterschluss mit den Öffentlich Bediensteten aus, die von einer Kürzung der KV-Erhöhung bedroht sind. In Wien wurde die Demo statt durch belebte Straßen durch ein Gewerbegebiet geleitet. So konnte natürlich kaum Solidarität für die Angestellten im Sozialbereich bei PassantInnen erreicht werden.

Trotz alledem verlief sich die Wut der Kolle-

gInnen nicht: Wir starteten erfolgreich Sprechchöre ala „Hungerlöhne sind gemein – dagegen Streiken, das wär’ fein“ und die Leute stimmten ein. Im Rahmen unserer „Fight Back“ Kampagne sammelten wir sehr erfolgreich Unterschriften, die den ÖGB aufforderten gegen die Kürzungsmaßnahmen aktiv zu werden. In Linz standen die Leute an um zu unterschreiben, in Wien gingen uns zuletzt die Listen aus. Auch konnten wir über 100 Zeitungen verkaufen.

Nach der Demo ließ die Gewerkschaft die Leute im Unklaren, wie es jetzt weitergehen soll. Und statt, wie von vielen gefordert, weitere Kampfmaßnahmen zu organisieren, beließ sie es dabei, weiter zu verhandeln. Am 22.2. stimmten dann 21 von 32 VerhandlerInnen der Gewerkschaft einer Erhöhung um 3,4% zu. Die Uneinigkeit der VerhandlerInnen ist gut verständlich: Das ist viel zu wenig und nicht, wofür die KollegInnen demonstriert haben!

Ein Abschluss über 4% wäre das Mindeste und mit Kämpfen auch möglich gewesen! Schon auf den Demos vom 1.2. forderten wir als ersten Schritt einen bundesweiten Streik- und Aktionstag und fanden damit die Zustimmung vieler. **Tilman M. Ruster**



## Schule gegen Abschiebung

Am 23.2. trafen sich in Wien LehrerInnen aus vielen Bereichen: Volks- und Neue Mittelschule, AHS und Berufsschu-

„ausgeschöpften Rechtsweg“ nicht einschüchtern oder bremsen lassen dürfe. Auch Michael Genner von Asyl in Not be-

der SLP waren anwesend, haben darauf hingewiesen, dass die Einbindung der SchülerInnen zentral ist und haben Unter-

### LehrerInnen gründen Netzwerk gegen die Abschiebung ihrer SchülerInnen

le. Gemeinsames Anliegen war es, die Abschiebung von SchülerInnen zu verhindern. Der Grundtenor war: „endlich, auf so eine Vernetzung haben wir gewartet“. Erfahrungen über erfolgreiche Kampagnen, wie bei Araksya und Denis & Jovana wurden ausgetauscht und entschieden, eine „How to do“ Liste zu erstellen. Einigkeit herrschte auch darüber, dass man sich von einem

tonte, dass mit einer aktiven Kampagne, die politischen Druck erzeugt, auch scheinbar aussichtslose Fälle noch gewonnen werden können.

Das Netzwerk hat sich als „Schule gegen Abschiebung“ gegründet und möchte auch SchülerInnen und Eltern sowie Menschen, die minderjährige Flüchtlinge unterstützen und betreuen ansprechen. VertreterInnen

stützung im Kampagnen-Know How angeboten was auch angenommen wurde.

Brigitte Kugler, die zum ersten Treffen eingeladen hat, machte klar, dass dies erst der Anfang war und das nächste Treffen schon in Vorbereitung ist.

Wir werden über die weiteren Aktivitäten berichten und stellen auch gerne Kontakt her.



## Attnang: SLP unterstützt Aktion gegen Abschiebung

Am 6.2. fand in Attnang Puchheim eine Kundgebung gegen die Abschiebung der kosovarischen Familie Avdyli statt. Organisiert wurde sie von engagierten LehrerInnen sowie vom Mauthausenkomitee Vöcklabruck. Rund 200 Menschen kamen, darunter auch AktivistInnen der SLP. Die Aktion war eine Solidaritätskundgebung, bot aber keine weiteren Schritte an. Es war eher ein Abschied als ein Aufruf zu weiteren Schrit-

ten zur Verteidigung. Leider konnte die Abschiebung nicht verhindert werden. Für künftige ähnliche Fälle muss daraus gelernt werden: Appelle reichen nicht, ÖVP und SPÖ sind keine Bündnispartner, da sie verantwortlich für Abschiebungen sind. Wir werden unsere Erfahrungen und Ideen künftig noch stärker einbringen um zu verhindern, dass Menschen einfach aus unserer Mitte gerissen werden. **Lisa Wawra**

## Termin des Monats

### Internationaler Frauentag

Seit über 100 Jahren ist der 8. März der Tag, an dem Frauen (und auch Männer) international auf die Straße gehen, um gegen die verschiedenen Formen von Frauenunterdrückung und -diskriminierung zu protestieren. Doch in den letzten Jahren gab es wieder viele Verschlechterungen. Der 8. März als Kampftag der ArbeiterInnenbewegung ist daher wichtig wie eh und je!



**Demonstrationen und Aktionen gibt es in ganz Österreich am 8. März**

**8. März, Freitag:** Alle Jahre wieder hören wir aus der Politik vollmundige Bekundungen zur Gleichberechtigung der Geschlechter. Nichts als Lippenbekenntnisse, denn die Realität sieht anders aus. Mit Heinisch-Hosek haben wir eine Ministerin für Frauen und öffentlichen Dienst, die ein schizophrenes Kunststück fertig bringt: Einerseits will sie Frauenförderpläne für die Wirtschaft und verpflichtet die Unternehmen zu Gehaltsangaben in Stelleninseraten und Einkommensberichten. Aber das kostet (und bringt) auch nichts und gibt ein paar nette Schlagzeilen. Andererseits ist sie als Ministe-

## Rote Seitenblicke

rin für den öffentlichen Dienst für die Nulllohnrunde und den Aufnahmestopp im öffentlichen Dienst verantwortlich – und dass, obwohl die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern gerade dort am geringsten ist. Die Einkommensschere wird dadurch weiter auseinander gehen. Auch die anderen Maßnahmen des Sparpakets werden die Situation von Frauen verschärfen: Durch die Kürzungen im Gesundheitswesen wird Pflegearbeit in die Familien – und damit v.a. an Frauen – ausgelagert, Kürzungen bei den Pensionen betreffen Frauen überproportional als BezieherInnen von Mindestpensionen. Dafür, dass sich das nicht ändert, ist gesorgt: Wenn Frauen weiterhin keine Chance auf eine gleichwertige Bezahlung haben, werden es auch weiterhin Frauen sein, die zugunsten des höheren Einkommens ihrer Partner die unbezahlten Haus- und Fürsorgearbeiten verrichten. Danke, liebe Frauenministerin, für so viel Engagement!

Nora Brandes



# Das Imperium schlägt zurück

„Das ist Krieg und kein Fußball“, so der sichtlich geschockte Mannschaftsarzt des erfolgreichsten ägyptischen Teams, Al-Ahly, am Abend des 1. Februar 2012 im Port Said Stadion.

**Was war passiert?** Bewaffnete Schläger gingen auf die Ultras Ahlawy los. Dutzende wurden von den Rängen gestoßen, mit Messern und Flaschen schwer verletzt oder im Gedränge vor dem versperrten Ausgang zu Tode getrampelt. Über 70 Tote und rund 1.000 Verletzte blieben zurück. Die Polizei sah tatenlos zu. Al-Masry-Fans berichteten von Bussen voll mit Menschen in Al-Masry-Fankleidung, die sie noch nie bei Spielen gesehen hätten und

von nicht vorhandenen Kontrollen an den Stadioneingängen. In den Augen der meisten ÄgypterInnen trägt der Sicherheitsapparat die Verantwortung. Einerseits wollte die Polizei Rache an den Ultras Ahlawy nehmen, andererseits mit dem gestifteten Chaos die Rufe nach einer starken Ordnungsmacht wieder stärken.

**Die Ultras** waren bei den Demonstrationen der Revolution 2011 und in den Monaten danach an vorderster Front. Sie sind keine homogene politische Gruppe, aber sie sind nicht unpolitisch und verfügen über Erfahrung in der konkreten Auseinandersetzung mit den Sicherheitskräften. Amr Fahmy, Mitglied der Ul-

tras Ahlawy, betonte in einem Interview, es gäbe sowohl KommunistInnen, Liberale, AnarchistInnen als auch IslamistInnen in ihren Reihen:



„Nur Mubarak-Sympathisanten wird man bei uns nicht finden. ... Wir haben uns seit unserer Gründung 2007 gegen seine Polizisten gewehrt und wurden dafür in den Medien als Terroristen und Gewalttäter dargestellt.“

**Ob die Taktik** des Militärs aufgeht, ist mehr als fraglich. Im Gegenteil befindet sich der Militärrat in einem Rückzugsgefecht. Die Präsidentschaftswahl musste bereits vorverlegt werden. Die Ereignisse haben einmal mehr gezeigt, dass Sport und Politik nicht zu trennen sind. Die Ultras sind weder in Ägypten noch anderswo einfach nur unpolitische Schläger. Sie kommen oft aus Schichten, die besonders von sozialen Problemen und Unterdrückung betroffen sind – und sind eben auch Teil des Kampfes dagegen.

**Harald Mahrer**, war zum Zeitpunkt der Geschehnisse in Port Said und Kairo.

## Film: Die „Kriegerin“ verharmlost

**Marisa und Svenja** hatten eine schwere Kindheit. Dem Film nach reicht das, um Nazi zu werden. Politische Gründe für Rassismus gibt es nicht. Der Film vermittelt das Bild, ein „schlechtes Umfeld“ ist die Ursache und dass „Nazis nur doof“ sind. Von den Medien als brillante Milieustudie gefeiert, wird dieser Film wohl Einzug in Schulen finden. Aber Nazis sind nicht blöd, sondern diskutieren in Kameradschaften, lesen politische Texte

und haben Strategien. Nazis sind nicht nur physisch, sondern auch politisch gefährlich, weil sie ihre Hetze mit pseudosozialen Forderungen verbinden. Im Film heißt es: „In einer Demokratie sind alle gleich. Es gibt kein Oben und kein Unten. In einer Demokratie kann jeder Mitbestimmen“. Weltfremder geht's nicht mehr. Während Leute in einem der „reichsten“ Länder der Welt in Armut und Zwangsarbeit landen, werden Billionen in Ban-

ken gesteckt, um Profite zu sichern. Superreiche diktieren der Politik, was sie zu tun hat, und wie wir für deren Krisen zu zahlen haben. „Kriegerin“ startet am 24.2. in Österreichs Kinos. Wir empfehlen echtes antifaschistisches Engagement statt eines Kinobesuchs.

Gekürzte Version eines Artikels aus .megafon – sozialistische Jugendzeitung





## Gewerkschaft in der Krise

*Die Gewerkschaften müssen von Massenbewegungen zurückerobert werden, um Sparpakete zu stoppen.*

**Vor dem Hintergrund** der fortgesetzten kapitalistischen Krise steigen die Anforderungen an die Gewerkschaften als Interessensvertretungen der Beschäftigten und Erwerbslosen. Doch selbst wenn kämpferische Gewerkschaften den ein oder anderen Angriff verhindern würden, wäre dies ohne eine politische Alternative nicht von Dauer.

Zur Ausgangslage des aktuellen Sparpakets: Ausgerechnet die offiziellen Gewerkschaften glänzen im besten Fall durch Zurückhaltung, im schlechtesten durch Kollaboration mit den neoliberalen Regierungen. In Österreich liegt der Fall besonders ungünstig.

Die ÖGB-Führung feiert das Sparpaket geradezu. So steht auf der ÖGB-homepage, dass „sich der ÖGB weitgehend durchgesetzt“ hat, was Forderungen

zu „Wachstum und Beschäftigung“ betrifft. Man kann sich die Realität offensichtlich zurechtbiegen. Mehr noch: Nirgendwo werden auch nur mit einem Wort die kapitalistische Krise und ihre Verantwortlichen erwähnt. Abschließend wird davon gesprochen, „den parlamentarischen Prozess“ zu nutzen, um „Positionen einzubringen“. Eine konsequente und kämpferische Interessensvertretung sieht anders aus. So weit, so schlecht. Doch blicken wir nun über den Tellerrand ins weite Europa.

**Der Druck** von Bewegungen hat in Griechenland, Portugal und in geringerem Maße in Spanien, Italien, Frankreich und sogar Britannien zu bedeutsamen Streiks geführt. In Belgien wurde Ende 2011 der Ruf nach einem General-

streik laut. Den Gewerkschafts-Bossen gelang zuerst die Ablenkung, indem lediglich eine Großdemo in Brüssel veranstaltet wurde. Die Sache war aber im Rollen und Ende Jänner folgte ein imposanter eintägiger Generalstreik. Mit jeder Aktion, die der Gewerkschafts-Bürokratie „abgetrotzt“ wird, steigt die Chance auf Selbstorganisation und eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Gewerkschaften.

**Doch gerade Griechenland** zeigt, dass bloßer Protest nicht reicht. 2011 gab es sieben Generalstreiks! Ohne politische Alternative bleiben auch die heftigsten Kämpfe letztlich zahnlos. Wer folgt einer gestürzten Regierung und mit welchem Programm geschieht dies? Konkret hieße dies in Ländern wie Griechenland, Italien oder

Portugal, dass aus der ArbeiterInnenklasse eine Regierung geformt werden müsste, die auch den Bruch mit dem Kapitalismus zur gesellschaftlichen Diskussion stellt. Stattdessen rückt die nächste neoliberale Truppe nach (ob gewählt oder nicht) oder eine EU-Troika führt die Geschäfte mit unverminderter Brutalität weiter.

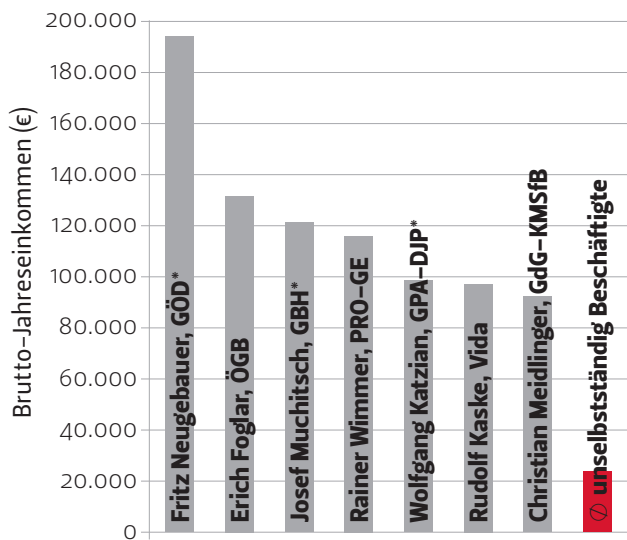
**Das Potential** der Massenbewegungen, die in den letzten Jahren stattgefunden haben, steht in keinem Verhältnis zum Erreichten bzw. Nicht-Erreichten. Es ist die Folge des Fehlens einer breit verankerten ArbeiterInnen-Partei, die diesen Namen verdient. Keine der ehemaligen sozialdemokratischen oder „kommunistischen“ Massenparteien steht tatsächlich auf unserer Seite.

Auch in den Gewerkschaften dominieren bürgerliche Ideologien. Antikapitalistische oder echte sozialistische Standpunkte sind (noch) in der Minderheit. Die Gewerkschaftsführungen halten die Illusion eines „nationalen Gesamtinteresses“ aufrecht, um so ihre Privilegien abzusichern. Dementsprechend verhalten sich die meisten BürokratInnen wie bürgerliche PolitikerInnen. Das sähe anders aus, wenn alle Funktionen nur mit durchschnittlichen FacharbeiterInnenlöhnen abgegolten werden würden.

Somit gehen der Aufbau neuer ArbeiterInnen-Parteien und die Rückeroberung der Gewerkschaften wohl als zentrale Aufgaben der kommenden Jahre Hand in Hand. Sonst bleibt nur die Krise.

**Franz Neuhold**

**Einkommen der Gewerkschafts-Vorsitzenden**



## Wie können GewerkschafterInnen an diesem Paket etwas Gutes finden?

- **Angriff auf das Gesundheitswesen:** Kürzung bei den Sozialversicherungen von 1,4 Mrd Euro. Plus 5,2 Mrd, die Länder und Gemeinden einsparen sollen. Pflege, Gesundheit und Soziales gehören zu den größten Posten der Gemeindebudgets, hier wird massiv gekürzt werden.
- **Angriff auf Arbeitslose:** Mehr als 65.000 über 50-jährige sind arbeitslos und davon sehr viele unfreiwillig. Frühpension ist kaum mehr möglich. Menschen bleiben so nicht länger „im Job“, aber länger arbeitslos. V.a. für Frauen bedeutet das dramatische finanzielle Einbußen, da sie nicht die Pension bekommen, sondern ihre Notstandshilfe/ Mindestsicherung stark gekürzt wird, wenn der Partner ein Einkommen hat. Die Regierung plant, rund 200.000 Menschen zusätzlich mit sinnlosen AMS-Maßnahmen zu schikanieren. Jobs werden so keine geschaffen, aber durch die erhöhte Konkurrenz das Lohnniveau gesenkt und Jobs für Junge noch rarer.
- **Angriffe auf öffentlich Bedienstete** Im öffentlichen Dienst sollen im Bereich „Dienstrecht und Verwaltung“ 2,5 Milliarden gekürzt

- werden. Von den „Besoldungsrechtlichen Maßnahmen“ sind ca. 210.000 Menschen betroffen, die durchschnittlich 5.000.- Euro verlieren sollen. Die wenigsten sind SpitzenverdienerInnen und können sich das sowie die Nulllohnstunden leisten!
- **Angriffe auf die Pensionen** Die längere Arbeitslosigkeit wird künftige Pensionen kürzen. Die Harmonisierung wird Verluste von bis zu 30% bedeuten. Die jetzigen PensionistInnen verlieren durch Pensionanpassungen unter der Inflationsrate.
- **Angriff auf Jugendliche & Familien:** Die Jugendarbeitslosigkeit wird weiter steigen, durch die Kürzungen im öffentlichen Dienst wird das Bildungswesen verschlechtert. Wohnungen werden künftig noch teurer und die einzige Sparform, die kein Verlust ist, wird uninteressant (Bausparen).
- **Und der Rest:** Die Maßnahmen bei Unternehmen und Reichen sind marginal und in weiten Teilen ist fraglich, ob hier überhaupt Geld reinkommen wird, wie z.B. bei der Finanztransaktionssteuer, deren Einführung ebenfalls fraglich ist.

# In der Krise muss die Gewerkschaft kämpfen – oder scheitern!

Vor 20 Jahren zerbrachen die stalinistischen Staaten. Das unterbrach den kapitalistischen Niedergangprozess, der seit den 1980er Jahren stattfindet, nur vorübergehend. Lange war der Kapitalismus von längeren Auf- und Abschwüngen geprägt. Daher

när Lenin. Er hat schon 1917(!) nachgewiesen, dass sich der Kapitalismus nicht beliebig lange weiterentwickeln und ständig neu erfinden kann. Er bezeichnete diesen letzten Abschnitt der kapitalistischen Entwicklung als „Fäulnisphase“.

Lebensstandard gegenüber. Sparpakete, Lohnkürzungen, Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen und bei der Arbeitszeit, Ansteigen der Arbeitslosigkeit, Eingriffe des Staates in die Kollektivvertragspolitik, Antigewerkschaftsgesetze ... stehen rund um den Globus auf der Tagesordnung. Auch in Österreich: Aufkündigung von Kollektivverträgen (AUA, Druckerei-ArbeiterInnen), Nulllohnstunden oder bestenfalls Abschlüsse unter der Inflationsrate (Beamte, BAGS), gesetzlicher Eingriff in die KV-Abschluss in OÖ usw., ein Sparpaket mit massiven Kürzungen im Gesundheitsbereich, im öffentlichen Dienst, bei den Pensionen ...

## Der Kapitalismus funktioniert schon lange nicht mehr – das ist nun offensichtlich!

gibt es viele Theorien über deren Ursachen, Herkunft und Bedeutung. Auf diese baut die Wirtschaftsforschung ihre Voraussagen (=Prognosen) auf. In den letzten 20 Jahren verwischen sich aber die Auf- und Abschwungsphasen. Sie folgen dicht aufeinander und überlagern sich teilweise. Das ist anders als im Nachkriegsaufschwung. Politik und Wirtschaft versuchen mit milliardenschweren „Konjunkturprogrammen“ wieder einen längeren Aufschwung „anzustoßen“. Ohne Erfolg. Der Grund dafür steckt in den Entwicklungsgesetzen des Kapitalismus selbst. Karl Marx hat schon vor 150 Jahren nachgewiesen, dass im Kapitalismus immer mehr Kapital eingesetzt werden muss, um den gleichen Profit zu erzielen. Der Kapitalismus wird zunehmend unrentabel und so wird lieber mit dem Kapital spekuliert als produziert. Weitsichtige Menschen weisen auf diese Entwicklung seit über 100 Jahren hin. Einer davon war der russische Revolutio-

Auch deswegen, weil sich die Gesellschaft nicht nur nicht weiterentwickeln kann, sondern durch Kriminalität, Gewalt und Verrohung zunehmend verfällt und schließlich verfault. Und das ist genau das, was wir gerade erleben. Deswegen sehen wir SozialistInnen auch die Notwendigkeit, den Kapitalismus durch eine sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft zu ersetzen. Dann können nämlich die Vorteile des hohen Entwicklungsstands wieder genutzt werden. Die Wirtschaft orientiert sich dann nicht mehr an den Profiten, sondern an den Bedürfnissen der Menschen. Eine höhere Produktivität ist keine Schreckensnachricht mehr für den Arbeitsmarkt. Ganz im Gegenteil, es bedeutet, die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit senken zu können und das bei gleichem bzw. steigendem Lebensstandard! Noch aber sind wir im Hier und Jetzt und die Menschen stehen riesigen Angriffen auf ihren

**In vielen Staaten** wie Belgien, Großbritannien, Spanien oder Griechenland gibt es aber auch massiven Widerstand. In Tunesien und Ägypten waren Streiks ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die Diktatoren. In Österreich ist es dagegen noch vergleichsweise ruhig. Die Regierung präsentiert das größte Sparpaket die SLP alleine steht vor dem Tor des Bundeskanzleramts. Wo ist nur die Gewerkschaft, auf Urlaub? Und tatsächlich, so ist es. Die öffentlich Bediensteten sollen mit den PensionistInnen den Löwenanteil des Paketes stemmen. Kein Protest, keine Demonstration oder gar Streik durch die GÖD (=Gewerkschaft Öffentlicher Dienst). Der GÖD-Vorsitzende Neugebauer





unterbricht nicht einmal seinen Urlaub. Er unterschreibt einfach und segnet die Vorhaben der Regierung ab!

Parteien können ihren Charakter verändern. So sind z. B. die ehemaligen ArbeiterInnenparteien wie die SPÖ im Laufe der Zeit

So bleiben Gewerkschaften auf den Druck durch die Arbeitenden empfindlich und können in diese und jene Richtung gedrängt werden. Dass das nicht leicht geht, steht auf einem anderen Blatt.

Aktuell geraten die Fachgewerkschaften im-

begrüßt, anstatt dagegen Einspruch einzulegen.

Es handelt sich um eine strukturelle Krise des Kapitalismus. Jede „Lösung“ geht auf Kosten der ArbeiterInnenklasse. Und angesichts von Tiefe und Charakter der Krise zeigt sich, dass nicht einmal

## Gerade in der Krise brauchen wir kämpferische und demokratische Gewerkschaften!

„verbürgerlicht“. Sie haben ihre Verbindung zur ArbeiterInnenbewegung gekappt. Noch vor 30 Jahren haben sich soziale Kämpfe in der SPÖ widerspiegelt und wesentlichen Einfluss auf ihre Politik gehabt. Heute ist die Verbindung Gewerkschaft-SPÖ eine einseitige. Die SPÖ benutzt die Gewerkschaft, um die Arbeitenden ruhig zu stellen. Umgekehrt funktioniert das nicht mehr. Ganz im Gegenteil. Soziale Auseinandersetzungen spielen sich in der Regel nicht nur ohne SPÖ, sondern sogar gegen sie ab.

Bei Gewerkschaften sieht das anders aus. Ihre Verbindung zu den arbeitenden Menschen ist lebensnotwendig. Ihre ureigenste Aufgabe ist es, für höhere Löhne zu kämpfen und die Arbeitenden zu einen. Karl Marx bezeichnete sie deswegen als „Preisfechterin für die Ware Arbeitskraft“. Sie können sich nicht in dem Maße von ihrer sozialen Basis, der ArbeiterInnenklasse, lösen, auch weil die Mitgliedschaft ihre finanzielle Basis darstellt.

mer stärker unter Druck. Bestes Beispiel dafür war der Metallstreik im Herbst 2011. Er wurde zu früh abgebrochen, aber dass er überhaupt stattfand war, lag am Druck auf die Gewerkschaftsspitze. Der ÖGB als Dachverband ist nicht diesem direkten Druck ausgesetzt. Das erklärt auch, warum der ÖGB als Bremsen gegenüber den Fachgewerkschaften auftritt. Es ist daher notwendig, dass künftig die Entscheidung zu streiken von einer Fachgewerkschaft alleine gefällt werden kann und der ÖGB das nicht mehr verhindern kann!

Der Zustand der österreichischen Gewerkschaften ist katastrophal: kaum Aktivität und Einbindung der Mitglieder, wenig Demokratie. „Der ÖGB hat sich immer dazu bekannt, dass eine Konsolidierung der Staatsfinanzen notwendig ist“, schreibt der ÖGB in seiner Stellungnahme zum Sparpaket. Der ÖGB ist die einzige Gewerkschaft in Europa, die Sparmaßnahmen

die härtesten Einschnitte in der Lage sind, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Die Arbeitenden in Griechenland bluten – und trotzdem wird es immer schlimmer. So oder so, Beschäftigte, Jugendliche, PensionistInnen und Arbeitslose sollen für eine Krise bezahlen, die sie nicht verursacht haben!

Viele Mitglieder werden sich angesichts der Rolle des ÖGB die Frage stellen, wozu Gewerkschaftsbeitrag zahlen. Doch es führt kein Weg an den Gewerkschaften vorbei. Wir müssen sie uns zurückerobern. Wir brauchen kämpferische und demokratische Gewerkschaften mit einer echten, politischen Alternative. Das wird sicherlich ein mühevoller Weg! Es gibt aber keinen anderen, wenn wir nicht im Sumpf des dahin dümpelnden Kapitalismus versinken wollen. Oder wie es die deutsche Revolutionärin Rosa Luxemburg schon vor 100 Jahren auf den Punkt brachte: Sozialismus oder Barbarei!

**Albert Kropf**



## Marx aktuell

Die verschärften Angriffe des Kapitals im Zuge der Krise bringen die traditionelle Gewerkschaftspolitik der Klassenzusammenarbeit an ihre Grenzen. Die Gewerkschaften befinden sich weltweit in der Defensiven. Sie werden oft zu harten Auseinandersetzungen gezwungen (z.B. brutale Polizeieinsätze gegen streikende DemonstrantInnen in Griechenland oder das Massaker mit über 200 Toten durch die Repressionskräfte an den seit Monaten streikenden ErdölarbeiterInnen in Kasachstan), nur um weitere Angriffe und Verschlechterungen auf die Löhne und Arbeitsbedingungen abzuwehren.

Die Gewerkschaften können nicht so weitermachen wie bisher, wenn sie die Interessen der arbeitenden Bevölkerung verteidigen wollen. In einer ähnlichen Situation formulierte der russische Marxist Trotzki:

### Kapitalistischer Logik zu durchbrechen ist notwendig

„Die Gewerkschaften unserer Zeit können entweder als Hilfsmittel des imperialistischen Kapitalismus dienen, um die Arbeiter unterzuordnen, sie zu disziplinieren und die Revolution zu verhindern, oder sie können im Gegenteil die Instrumente der revolutionären Bewegung des Proletariats werden.“

(Trotzki, Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs)

In diesem Konflikt befinden sich alle Gewerkschaften. Die traditionelle, sozialpartnerschaftliche Politik kann Verschlechterungen bestenfalls mit-destiggen, aber nicht verhindern. Die Gewerkschaften können nur entweder-oder. Entweder: Zustimmung zu Sparpaketen, Abwiegeln und Scheinkämpfen. Oder: Übergangsforderungen und entschlossene Kämpfe. Dazu werden neue Führungen in den Gewerkschaften und neue Kampfformen – da und dort auch der Aufbau neuer Gewerkschaften – notwendig sein. Sie dürfen sich nicht an der Logik des Kapitalismus, sondern den Bedürfnissen der ArbeiterInnen orientieren.

Viele der Kampffaktionen, die von der Gewerkschaft organisiert werden, dienen nur dazu, Druck abzulassen. Kämpfe, die ohne Perspektive geführt werden – selbst wenn sie Massencharakter annehmen wie in Griechenland –, können die Angriffe nicht stoppen. Eine Serie von Generalstreiks hat in Griechenland kaum greifbare Ergebnisse gebracht. Der Grund ist nicht, dass das nicht möglich ist, sondern dass die Gewerkschaften die Machtfrage nicht stellen. Im Sommer 2011 wurde die Regierung nicht durch die EU, sondern die Massenstreiks gestürzt. Doch weil es keine politische Alternative gab, kam eine neue Regierung ans Ruder, die genauso weitermachte. Die Klassenkämpfe müssen die Perspektive auf eine an die Bedürfnisse der arbeitenden Menschen orientierte Gesellschaft – einen demokratischen Sozialismus – ins Zentrum stellen, wenn Sie angesichts der Tiefe der Krise des Kapitalismus die Rechte und Lebensgrundlagen der Arbeitenden wirksam verteidigen wollen. Gewerkschaften alleine können das nicht bewerkstelligen. Trotzki betonte im Übergangsprogramm von 1938: „Die Gewerkschaften haben kein vollkommenes revolutionäres Programm und können es angesichts ihrer Aufgaben, ihrer Zusammensetzung und der Art und Weise ihrer Mitgliederaufnahme auch gar nicht haben; deshalb können sie die Partei nicht ersetzen.“ Der Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm ist daher auch eine der dringlichsten Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung.

**Gerhard Ziegler**



# Gewerkschaft braucht sozialistische Antworten

**Der ÖGB stimmt** dem Sparpaket zu, anstatt es zu bekämpfen. Ein Grund dafür ist, dass viele ÖGB-FunktionärInnen gleichzeitig führend in SPÖ und ÖVP sind. So wundert es wenig, wenn die GÖD einer Nulllohnrunde für das kom-

Wenn ein Betrieb Stellen abbaut oder schließen will, muss er in öffentliches Eigentum übernommen werden. Dasselbe gilt für Banken, insbesondere jene, die vor dem Zusammenbruch stehen. Doch es geht nicht um die Ver-

listischen Logik beugen, sondern brauchen auch eine andere Perspektive: eine an den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen orientierte Gesellschaft – einen demokratischen Sozialismus.

Nicht ArbeiterInnen in

So setzte sich die Mitgliederzeitung der GPA.djp im Februar mit der Frage: „Wie krank ist unser System?“ auseinander. Im Editorial konnte man über den schärfer werdenden Ton bei KV-Verhandlungen lesen. Es wird gefordert, die Hände vom Geld der ArbeitnehmerInnen zu lassen. Doch bisher sind den Worten keine Taten gefolgt.

te geplant werden. FunktionärInnen dürfen nicht mehr verdienen als jene, die sie vertreten. Sie müssen demokratisch gewählt – und gegebenenfalls auch wieder abgewählt werden. Nur so ist sicher, dass sie wirklich die Interessen der KollegInnen vertreten und keine eigenen, ganz anderen, entwickeln.

Es ist gut, wenn viele ÖGBlerInnen im Nationalrat bzw. Landtagen sitzen. Doch sie dürfen dort nicht die Sparpolitik mittragen. Dazu brauchen sie einen neuen politischen Rahmen – GewerkschafterInnen kommt eine zentrale Aufgabe beim Aufbau einer neuen Partei für ArbeiterInnen zu!

Es besteht die Notwendigkeit des Aufbaus einer kämpferischen Opposition in ÖGB und Fachgewerkschaften um eine solche, neue Gewerkschaft aufzubauen. Es gibt kein Zurück zur angeblich schönen Zeit der Sozialpartnerschaft. 2012 ist ein weiterer Einbruch der Wirtschaft zu erwarten. Wir brauchen eine sozialistische Gewerkschaftspolitik, die ohne Kompromisse für die Interessen der Lohnabhängigen kämpft.

**Christian Bunke**

## *Es geht auch anders: Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung, Verstaatlichung & Klassenkampf*

mende Jahr zustimmt. Deren Vorsitzender ist Fritz Neugebauer, ein hohes ÖVP Tier. Auch für die SPÖ sitzen Spitzengewerkschafter wie Muchitsch (Bau-Holz) und Katzian (GPA-djp) im Parlament. Sie können sich die Sorgen und Nöte ihrer Mitglieder gar nicht vorstellen. Und sie können nicht über die Grenzen des bestehenden Systems hinaus denken. Deshalb sehen sie zum Sparpaket keine Alternative. Sie haben das Mantra ihrer Parteien „Sparen muss sein“ übernommen. Sie möchten das Sparen höchstens „sozialverträglich“ organisieren.

Durch das Sparpaket soll die Krise auf den Rücken von Beschäftigten und sozial Schwachen ausgegossen werden. Doch das muss nicht so sein.

staatlichung der Verluste. Alle Firmenbücher müssen offengelegt werden. Wohin sind die Gewinne der letzten Jahre geflossen, und wohin das Geld der Bankenrettungspakete? Dieses Geld gilt es von den Profiteuren zurück zu holen! Es braucht eine „Verstaatlichung neu“: Diese Betriebe und Banken müssen von Beschäftigten und KonsumentInnen verwaltet und kontrolliert werden.

Die Antwort auf Armut und Arbeitslosigkeit ist Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn, ein menschenwürdiger Mindestlohn und die automatische Anpassung der Löhne/Gehälter an die Inflation. GewerkschafterInnen, die die Interessen der Arbeitenden verteidigen wollen, dürfen sich nicht der kapita-

Österreich, Spanien oder Griechenland sind schuld an der Krise, sondern ein System, bei dem nur die Profite einiger Weniger zählen. Die Antwort von Gewerkschaften kann daher auch nicht die Sicherung des Standortes Österreich sein, sondern muss der gemeinsame Kampf über die Grenzen hinweg sein.

**Die KollegInnen** wollen sich wehren. Auf Gewerkschaftsdemonstrationen bekommt die SLP für ihre Forderung nach Widerstand gegen das Sparpaket viel Zuspruch. Ein Streiktag als erster Schritt gegen das Sparpaket ist nicht nur nötig, sondern auch möglich! Auch die Gewerkschaften spüren den Druck aus den Betrieben.

# Zentralmatura: Fair? Objektiv?

Im Sommer 2014 soll erstmals in Österreich die „standardisierte, kompetenzorientierte Reifeprüfung an AHS“ durchgeführt werden. Die angeblichen Vorteile, die diese „Reform“ mit sich bringen soll, haben SchülerInnen sicher schon von genügend LehrerInnen zu hören bekommen: vollkommene Objektivität und gleiche Chancen für alle, die durch zentral vorgegebene Aufgabenstellungen und standardisierte Beurteilungsraster gewährleistet sein sollen.

Die Wirklichkeit sieht aber ganz anders aus: Dass die individuellen Maturafragen komplett zufällig aus einem zentralisierten Topf ausgesucht werden, setzt voraus, dass der gesamte vorgeschriebene Lehrplan in der Oberstufe straff und detailgenau befolgt wird. Das nimmt einerseits den LehrerInnen die Möglichkeit, die persönlichen Interessensgebiete intensiver zu behandeln und damit durch Diskussionen und Projekte den Unterricht interessanter zu gestalten. Und es läuft andererseits auf eine verstärkte Rücksichtslosigkeit den Schwächeren gegenüber hinaus: Der Stoff muss durchgepeitscht werden, und wer nicht mitkommt, bleibt auf der Strecke. SchülerInnen, die jetzt schon „gute“ Leistungen bringen, wird

die Zentralmatura weniger ausmachen. Für alle anderen wird es schwer. SchülerInnen und ihre Eltern müssen im wahrsten Sinne des Wortes für die Mängel im Bildungssystem bezahlen. Wie sich in Ländern mit solchen Systemen bereits zeigt, führt das zu einem rasch expandierenden „Shadow-Education-Sektor“, also noch mehr privater Nachhilfe, die sich wiederum nur SchülerInnen aus Familien aus höheren Schichten leisten können. Objektiver wird die Benotung dadurch auch nicht, die Willkür, die das Notensystem mit sich bringt, wird fortgesetzt.

Im Endeffekt läuft die Zentralmatura auf eine Verstärkung des von Grund auf unfairen Notensystems hinaus. Das lernfeindliche Prinzip „alles Detailwissen in sich hineinfressen und auf Knopfdruck auskotzen“ und die soziale Selektion werden weiter verstärkt. Insgesamt bedeutet sie eine Abkehr vom Individuum SchülerIn und eine elitäre Selektion, um diejenigen herauszufiltern, die den momentanen Anforderungen der Wirtschaft am ehesten entsprechen.

**Simon Nagy**

**Diskussion** zur Zentralmatura  
Mittwoch 14. 3. um 19 Uhr  
Pizzeria „La Piazza“  
Wien 20; Gaussplatz 7



## Rechter Kongress in Bruck/Leitha verhindert

**Jo Conrad**, bekannt durch den im Oktober 2011 durch die SLP marginalisierten rechtsextremen „Be-

renten waren entsprechende Inhalte auf dem Kongress zu erwarten. Wir kontaktierten das

hof Bruck (...) hat natürlich bei den zuständigen lokalen Politikern zu massiver Verunsicherung geführt.

## Jugendliche in Bruck/Leitha bieten braunesoterischen Pseudo-Alternativen keinen Platz!

wusst Kongress“, wollte am 10. März am "Wahre Alternativen Kongress" in Bruck/Leitha referieren. Mit dabei: Der von der WU suspendierte Professor Franz -"Ich habe keine Meinung zu Gaskammern"- Hörmann. Dieser steht in enger Verbindung mit der HuMan-Weg-Bewegung die das Finanz- und Wirtschaftssystem der Nazis positiv hervorhebt. Mit diesen beiden Refe-

DÖW, informierten die BewohnerInnen des Ortes und hielten mit Brucker Jugendlichen eine Kundgebung gegen den Kongress ab. Daraufhin wurde er abgesagt.

Die Organisatoren schreiben: Eine Gruppe anders Denkender hat einen massiven Angriff auf unsere Veranstaltung gestartet. (...) „Information“, zusammen mit einer „Kundgebung“ am Bahn-

Danke für die Blumen! Die Rechten wollen auf der weltweiten Protestwelle mitsurfen. Während die Occupy-Bewegung auf der ganzen Welt gegen den Kapitalismus kämpft, wird sie hier benützt, um esoterische, reaktionäre und antisemitische Inhalte zu pushen. Das sind keine "Alternativen". Deswegen werden wir gegen ähnliche Treffen auch in Zukunft vorgehen! **Yanna Ndiaye**



## Yuppie Kurz will arme Familien zur Kasse bitten

**ÖVP-Staatssekretär** Kurz ließ mit der Forderung aufhorchen, dass Familien 1500€ zahlen sollen, wenn ihre Kinder oft Schule schwänzen.

Im Klartext: Ein reicher Yuppie will, dass arme Familien für die Fehler der Politik zahlen. Die, die oft schwänzen bzw. die Schule abbrechen, tun das nicht einfach weil's Spaß macht. Sie schwänzen, weil sie auf Geschwister aufpassen, im Haushalt helfen müssen,

den Leistungsdruck nicht ertragen oder weil der Unterricht - nicht zuletzt durch die Kürzungen - immer öder wird.. Daran sind nicht SchülerInnen schuld, und schon gar nicht deren Familien! Das ist das Ergebnis von Armut, Perspektivlosigkeit und Ausbluten des Bildungssystems. Wir wollen mehr Geld für Bildung und Schulen! Geld dafür ist genug da. Zurzeit fließt es aber in Banken und die Taschen von Kurz.

## Fundstück des Monats

**GÖD: Völlig losgelöst von der Basis**

Ganz Österreich redet über das Sparpaket, der öffentliche Dienst ist wieder im Schussfeld. Deren Gewerkschaft, die GÖD, ignoriert das völlig. Im Februar titelt die GÖD-Zeitung: „Wege aus der Krise: Stabilität bewahren“. Die Zustimmung der GÖD zu Verschlechterungen ist die einzige Stabilität dabei...



Ausgabe 1 / Februar 2012



# Griechenland: Profite aus Müll?

Überall ist die Rede vom Widerstand der GriechInnen gegen die brutalen Sparpakete. Trotz enormer Entschlossenheit und zahlreicher Generalstreiks blieb er aber bislang leider weitgehend erfolglos. Beispiele für erfolgreiche Kämpfe, wie den gegen die

Entsorgung aufgebracht werden könnte. Ihre Pläne beinhalten vier Anlagen rund um Athen, zwei in Thessaloniki und viele mehr im ganzen Land.

In Wirklichkeit geht es bei den meisten „modernen Anlagen“, um Kraftwerke, die Strom aus Müll-

Pläne der Regierung, den Müll dort zu entsorgen.

Schon 2010 versuchte die Regierung den Widerstand in Keratea mit Gewalt zu brechen: Polizisten auf Motorrädern rasen durch die Innenstadt und griff wahllos Men-

Auch in Volos wurde vor einem Monat der Bau eines Müllverbrennungskraftwerks gestoppt. In beiden Bewegungen spielte Xekinima, die griechische Schwesterorganisation der SLP, eine wichtige Rolle. Sie entwickelte mit vielen AktivistInnen ein Programm für einen stabileren Sieg. Wie wichtig dabei das richtige Programm ist, zeigt die neue Strategie der Regierung:

Statt die Projekte einfach mit Gewalt durchzusetzen, wirft sie den BewohnerInnen der Städte jetzt einen „nicht-in-meinem-Vorgarten Ansatz“ vor. Der Müll wäre ihnen egal, solange er nur weit weg von ihnen gelagert würde. Damit verunsichert sie die AktivistInnen und stellt sie in ein schlechtes Licht. Zusätzlich versucht sie, die AnwohnerInnen der betroffenen Gebiete mit der Aussicht auf neue Arbeitsplätze zu versöhnen. Teilweise ist die Regierung mit dieser Strategie bereits erfolgreich.

Xekinima schlägt deshalb vor, dass sich die lokalen Bewegungen gegen die Regierungspläne koordinieren und gemeinsam zu kämpfen. Es reicht nicht immer, nur gegen

ein Projekt zu kämpfen, es müssen auch überregional Alternativen entwickelt werden. Xekinima versucht deshalb besonders ArbeiterInnen der Abfallwirtschaft, die bereits gegen die Kürzungs- und Privatisierungspolitik kämpfen, einzubeziehen. Mit ihrer Erfahrung könnten sie eine große Rolle dabei spielen, eine alternative, nachhaltige Abfallentsorgung zu entwickeln. Diese müsste von den Betroffenen selbst, also demokratisch, organisiert werden. Sie würde auf Mülltrennung, Kompostierung und Recycling beruhen.

Viele GriechInnen schauen begeistert auf die bereits errungenen Erfolge im Kampf gegen das Konzept der Regierung zur Abfallwirtschaft. Auf Transparenten hieß es: „Von Keratea nach Syntagma“, einem wichtigen Platz für die Proteste gegen die Sparmaßnahmen der Regierung. Auch solche eher regionalen Erfolge machen Mut für die Proteste und geben den Menschen Selbstbewusstsein.

**Elektra Kleitsa**, Umweltsprecherin von Xekinima  
[www.xekinima.org](http://www.xekinima.org)

## Kratea: Eine Stadt verhindert die Zerstörung ihrer Umwelt!

Privatisierung der Abfallentsorgung, sind also besonders wichtig um daraus zu lernen.

Die griechische Regierung attackiert nicht nur Arbeitsplätze, Löhne und Pensionen, sondern auch die Umwelt. Wälder, Berge und Flüsse werden zerstört, um Raum für Hotels, Fabriken und Goldminen zu schaffen, aber auch für erneuerbare Energie, wie Solar- und Windparks. Die jüngste Idee, um Profite zu machen, ist die Ausbeutung der Abfallwirtschaft.

Die Regierung behauptet, das Müll-Problem sei zu groß, als dass der Staat es lösen könnte. Der private Sektor müsse jetzt übernehmen, weil nur so das nötige Geld für moderne Technologien zur

verbrennung gewinnen. Dabei werden zahlreiche Giftstoffe freigesetzt; mit unabsehbaren Folgen für Mensch und Natur. Die Konzerne profitieren also gleich dreifach: Sie werden mit öffentlichen Geldern für die Entsorgung bezahlt und erhalten einen gratis Brennstoff. Die Umwelt-Folgen müssen dann erneut von der Öffentlichkeit getragen werden. Die Kommunalsteuern wurden bereits massiv angehoben. Außerdem soll auch weiterhin ein guter Teil des Mülls vergraben werden.

Dagegen regt sich lokal massiver Widerstand. Besonders stark fiel dieser in Keratea, in der Nähe von Athen, aus: Die ganze Stadt stellte sich gegen die

Pläne an. Aber das machte die Leute nur wütender: Gemeinsam verteidigten die BewohnerInnen ihre Stadt gegen die Regierung und die Profitinteressen der Konzerne. Dabei kam es zu heftigen Straßenschlachten, weil die Polizei immer wieder brutale Angriffe versuchte. Große Teile der Bevölkerung waren Teil der Bewegung, Junge und Alte und aus verschiedenen sozialen Schichten, sogar der lokale Pope war dabei. Medien sprachen sogar von einem „Müllkrieg“. Mit Demos und Straßensperren verzögerten sie den Bau der geplanten Müllverbrennungsanlage. Zuletzt gelang es sogar, einen zeitweiligen Baustopp zu erkämpfen, der jetzt schon ein Jahr in Kraft ist.

# Ein Jahr nach Fukushima

**Ein Jahr** ist seit dem Super-GAU in Fukushima, Japan, vergangen, aber in den Medien und von Seiten der Politik ist es sehr still um das Thema Atomkraft geworden. Die Mächtigen hoffen, dass durch systematisches Totschweigen die Risiken und Konsequenzen von Atomkraft bald in Vergessenheit geraten. Im Dunstkreis der Herrschenden hat es keinerlei Umdenken gegeben, im Gegenteil: Es werden weiterhin fleißig zusätzliche Atomreaktoren gebaut. Weltweit sind derzeit 442 Atomreaktoren in Betrieb, 62 im Bau und 287 weitere sind in Planung. Die US-Regierung hat gerade den Bau neuer Kernkraftwerke genehmigt und die Garantie für acht Milliarden Dollar übernommen, die französische Regierung plant die Verlängerung der Laufzeit der Reaktoren. Vom internationalen Atomausstieg kann also nicht die Rede sein, nicht einmal in Deutschland, wo nach den Vorfällen von Fukushima noch ganz groß „der Ausstieg vom Ausstieg“ verlautbart und die Schließung der älteren AKWs „beschlossen“ wurde. Allein bis 2030 soll in der EU laut dem „Energiefahrplan 2050“, den die EU-Kommission vorlegte, der Neubau von bis zu

40 AKWs bedacht worden sein. Entgegen der Propaganda, die die Atomlobby fleißig betreibt, ist Atomkraft aber ganz und gar nicht billig: 1,4 Mrd. Euro werden nur für die Atomforschung in den Jahren 2012/2013 benötigt, dabei wurden erst im Jahr 2007 2,751 Mrd. Euro für das EU-Forschungsprogramm bewilligt.

**Der Bevölkerung** kommt Atomkraft jedoch in keinsten Weise zu Gute: Der Konzern Tepco (Japan) z.B. kürzte nach dem Super-GAU die Gehälter der ArbeiterInnen aufgrund von „Einsparungsbedarf“ und verlangte noch zusätzlich staatliche Hilfe in Höhe von ca. 8,7 Mrd. Euro für die „Mehrkosten“, die angeblich durch den Ankauf von Erdöl für den Betrieb der Elektrizitätswerke entstanden sind. Nun soll der Staat um zehn Milliarden Euro Anteil an Tepco erwerben – um die Kosten für Entschädigungszahlungen abwälzen zu können. Die Menschen in Japan leiden unter den Folgen und werden zur Kasse gebeten, die AKW-BetreiberInnen kassieren. Die finanziellen und ökologischen Risiken trägt also die Gesellschaft, die Profite jedoch bleiben privat.

**Viktoria Wittmann**



## Wahlfarce in Russland

**Nach den Wahlfälschungen** zugunsten von Putins Partei „Vereinigtes Russland“ (Wahlbeteiligung 145,47 %!) formierten sich Massenproteste. Hundert-

suchen, der Bewegung ihren Stempel aufzudrücken streben, sie keine Veränderungen im Interesse der arbeitenden Mehrheit an, sondern vielmehr die wei-

nen zu wenig. Antworten auf die wichtigen sozialen Fragen gab es keine.

Das CWI in Russland ist seit Beginn der Proteste (und vorher) aktiver Teil.

## Die Präsidentschaftswahlen sind ebenso undemokratisch wie die Parlamentswahlen 2011

tausende Menschen gingen wutentbrannt auf die Straße, wollen demokratische Wahlen und einen politischen „Wandel“.

**Doch die offizielle** Opposition hat wenig Alternativen zu bieten. Deren RepräsentantInnen kommen zum großen Teil aus dem Establishment. Viele waren Teil des von ihnen jetzt bekämpften Apparats Putins. Indem sie ver-

tere Bereicherung Weniger. Es besteht ein Schulterschluss zwischen neoliberaler und ultra-rechter Opposition (was auch die KP Russlands einschließt, die die Legitimität der Wahlen erklärt). Linke AktivistInnen und RednerInnen wurden verhindert und versucht, in den Demos zu isolieren. Vielen waren die hohlen und inhaltslosen Phrasen der „erlaubten“ RednerIn-

Die CWI-Forderung nach „aktivem Boykott“ der Präsidentschaftswahlen wurde auf den Demos v.a. unter Jugendlichen diskutiert. Ebenso jene nach einer verfassungsgebenden Versammlung aller Menschen aus der ArbeiterInnenklasse. Der Bezug zur arabischen Revolution war allgegenwärtig – das ist es wohl auch, was Putin Angst macht.

**Moritz Erkl**

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

## Griechenland: Generalstreik

**Griechenland:** Vom 10.-11. Februar gab es einen 48-Stunden-Generalstreik in Griechenland. Am Tag darauf gab es erneut eine Kundgebung mit ca. 500.000 TeilnehmerInnen am Syntagma Platz (Athen). Die Wut richtet sich gegen den unerträglichen Sparkurs von Regierung und Troika (EU, EZB, IWF). Xekinima (CWI in Griechenland) erfuhr viel Zuspruch für ihr Programm, den Generalstreik nicht zu beenden,

bis die Regierung gestürzt ist. Es müssen Komitees in Betrieben und Nachbarschaften gebildet werden. Die sollen den Widerstand organisieren und den Kern für eine neue Regierung aus linken Parteien bilden. Diese soll die Rückzahlung der Schulden stoppen und Banken & Industrie verstaatlichen. Die Diktatur der Märkte muss einer Wirtschaft auf demokratischer, sozialistischer Basis weichen!

[www.xekinima.org](http://www.xekinima.org)

## Nigeria: Generalstreik

**Nigeria:** Von 9.-13. Jänner fanden ein Generalstreik und andere Aktionen gegen die Erhöhung des Benzinpreises statt. Für Viele war das auch ein Anlass, gegen die gesamte Politik der Regierung zu demonstrieren. Es gab heftige Repression und sogar Tote. Das Democratic Socialist Movement (CWI in Nigeria) ist führend in einer Aktionsfront, die lokale Komitees gebildet hat, um Streiks und Proteste zu koordinieren. Schließlich gab die

Regierung ein wenig nach und verbilligte das Benzin geringfügig. Nachdem die Polizei auch den Trauerzug für die Opfer der Repression brutal angegriffen hatte zeigt sich deutlich: Die Bewegung braucht Ausdauer! Die Protest-Komitees sind deshalb gut besucht und geben Hoffnung für Erfolg. Aus ihnen könnte sich auch eine neue Partei bilden, die eine echte Opposition darstellen würde.

[www.socialistnigeria.org](http://www.socialistnigeria.org)

## Belgien: Streik

**Nach 540 Tagen** ohne Regierung versuchte die neue, die „versäumte Zeit“ mit einem umso brutaleren Sparkurs gut zu machen. Dagegen gab es am 30.01. einen Generalstreik. Die Beteiligung am Streik war zwar sehr groß, hing aber lokal oft am Engagement von Einzelpersonen, wie Mitgliedern des CWI. Das CWI in Belgien fordert deshalb den Aufbau einer neuen Partei, um die Proteste besser zu vernetzen.

[www.socialisme.be](http://www.socialisme.be)



# ACTA – Ein gefährliches Instrument der Großkonzerne!

**ACTA** ist ein multilaterales Abkommen zum "Schutz geistigen Eigentums". Darunter fallen Fälschungen aller Art, Patente, Markennamen, Logos usw. ACTA betrifft somit nicht bloß „Internet-Piraterie“, sondern umfasst jegliche Form der Fälschung und Vervielfältigung von urheberrechtlich geschütztem

Unternehmer mit 15 Millionen Euro Anwesen.

Dieser innerkapitalistische Machtkampf hat aber auch fatale Folgen für UserInnen: Indem die Verantwortung für „Piraterie“ potentiell an die Internetanbieter weitergereicht wird, steht eine massive Regulierung des Internets bevor. V.a. wird da-

mus an sich ist. Denn gesellschaftlicher Fortschritt wird kriminalisiert und zurückgehalten. Die erwähnte US-Pharmalobby will verhindern, dass Generika (billigere, aber genauso wirksame Kopien von patentierten Medikamenten) verbreitet werden, um ihre eigenen Profite zu sichern. Die Konzerne

mit Internet zugänglich zu machen. Es ist nicht mehr notwendig, Kassetten, CDs oder DVDs zu kaufen bzw. zu produzieren. Unglaubliches Potential wird frei. Die Film- und Musikindustrie hat ein profitables Interesse daran, das zu verhindern!

Proteste sind nicht nur sinnvoll, sie waren in der Vergangenheit auch sehr erfolgreich. 2005 stimmte das Europäische Parlament nach einer breiten Protestwelle gegen eine Richtlinie bezüglich Software- und Ideenpatenten. Das 1995 von der OECD initiierte Multilateral Agreement on Investment (MAI) wurde im Oktober 1998 ebenfalls nach einer weltweiten Kampagne gestoppt. In über 250 europäischen Städten gingen im Februar Menschen auf die Straße, um gegen ACTA zu demonstrieren.

ACTA kann gegen revolutionäre Organisationen wie die SLP, aber auch gegen Gewerkschaften eingesetzt werden. Insofern ist gerade die Gewerkschaftsbewegung aufgefordert, die aktuellen Proteste aufzugreifen und auf eine höhere Ebene zu stellen: Der Kampf gegen ACTA geht nicht nur ein paar Nerds an!

Der Kapitalismus, in Form der Großkonzerne,

die durch den Fortschritt Profite verlieren, agiert durch die Zurückhaltung dieses Fortschritts als Klotz am Bein der Menschheit. Höchste Zeit, ihn auf den Misthaufen der Geschichte zu verfrachten und das gigantische kreative und technische Potential der Menschheit in einer demokratischen und sozialistischen Gesellschaft zu entfalten.

## Die SLP fordert:

- Weg mit Patentrecht, Urheberschutz und anderen fortschrittsfeindlichen Regelungen.
- Ordentliche Gehälter und soziale Absicherung für ForscherInnen, ProgrammiererInnen und KünstlerInnen.
- Zugang zu Wissen, Musik, Filmen, Informationen und Software darf nicht in den Händen von Unternehmen und Superreicher liegen – Freier Zugang für Alle. Enteignung und Übernahme der großen Unternehmen im Sinne der Bedürfnisse der KünstlerInnen, ForscherInnen, ProgrammiererInnen sowie der UserInnen.

**Pablo Hörtner** und **Sebastian Kugler**

## Freie Kunst und Forschung wird mit ACTA nicht geschützt, sondern gefährdet.

Material. An der Erstellung des Abkommens beteiligt waren unter anderem PhRMA (Dachorganisation der US-Pharmakonzerne), IIPA (Zusammenschluss der sieben größten US-Unterhaltungsvereinigungen), sowie die MPAA (Vereinigung der sechs großen Hollywood-Filmstudios). Außerdem noch die Business Software Alliance (BSA), der alle großen Softwarekonzerne angehören, sowie die Recording Industry Association of America (RIAA). ACTA ist also ein Projekt des Großkapitals. Es trifft vordergründig kleinere Kapitalgruppen, die bisher vom Kuchen der Konzerne mitnaschen konnten, wie Megaupload-Inhaber Kim Schmitz. Er ist absolut kein Internetrebell, sondern ein

mit aber einer weiteren Überwachungs-Tür und Tor geöffnet. Provider werden verpflichtet, Daten der KundInnen zu speichern, um gegen „Piraterie“ vorgehen zu können. Kriminalisierung ist eines der Hauptmerkmale bei ACTA. Durch die Möglichkeit der Zensur wird ACTA zu einem Instrument, um Opposition zu unterdrücken. Somit reiht sich ACTA an Vorratsdatenspeicherung und §278a an. Das Überschwappen von Protesten via Web, wie z.B. während der arabischen Revolutionen, soll eingedämmt werden. Wird eine Seite mit „kriminellen“ Inhalt in einem Land gesperrt, so muss sie der Provider komplett sperren.

ACTA zeigt aber auch, wie überholt der Kapitalis-

gehen damit über die Leichen derer, die von günstigen Generika, z.B. gegen AIDS, abhängig sind. In Afrika sind 80% der eingesetzten HIV-Medikamente indische Generika, die nun durch ACTA bedroht sind. Das Patent- und Urheberrecht ist in Wahrheit nichts anderes als ein Schutzschild für Profite von Konzernen. KünstlerInnen müssen ihre Rechte an das Label oder den Verlag nur zu oft in Knebelverträgen abgeben. Die Unternehmen können dann praktisch frei mit dem „geistigen Eigentum“ der KünstlerInnen Gewinne schieffeln.

Ein anderes Feld ist Filesharing. Hiermit ist es möglich, ungeahnte Mengen an Daten kostenlos und ohne Umweltverschmutzung für jeden Menschen

# SLP-Programm genau erklärt:

**Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende**

am Konto ein Minus. Frauen verdienen um 1/3 weniger als Männer. Sie leisten 2/3 der unbezahlten Arbeit. Das Sparpaket wird das noch verschlimmern. Die Einsparungen im Gesundheitswesen, wo tradi-

auf Länderebene Fraueneinrichtungen massiv. Frauenbefreiung heißt für uns gemeinsamer Kampf von Männern und Frauen – für höhere Löhne und gegen das Sparpaket, aber v.a. für Frauenbefreiung

## Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft.

**kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!**

Wer kennt das nicht: Kind in den Kindergarten bringen, in der Arbeit durchhackeln, dann Kind abholen, einkaufen, essen machen, Kind beschäftigen, todmüde ins Bett fallen, keine Minute für sich selbst haben – und dann ist

tionell viele Frauen arbeiten, treffen Frauen dreifach: Als Beschäftigte, als PatientInnen und als jene, die privat jene Arbeiten übernehmen, die eingespart werden oder unleistbar geworden sind. Die Kürzungen zu Lasten von Frauen drängen sie stärker in die ökonomische Abhängigkeit vom Mann. Darüber hinaus treffen die Kürzungen der Ermessensausgaben und

und Sozialismus. Unsere Alternative ist die kostenlose Übernahme der Arbeit, die zur Zeit unbezahlt von Frauen in der Familie verrichtet wird, durch öffentliche Einrichtungen. Wenn der Kapitalismus sich Löhne, Pensionen, kostenlose Kinderbetreuung und Pflege durch die öffentliche Hand nicht leisten kann – dann können wir uns den Kapitalismus nicht leisten!

# International organisieren

Der Internationalismus der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung geht auf zwei Aspekte zurück. Erstens nahmen mit der globalen Durchsetzung des Kapitalismus soziale Auseinandersetzungen immer wieder internationalen Charakter an (z.B. in der Transportindustrie). Zweitens dockt(e) der Marxismus an diese Impulse an und verband sie mit seinen Zielsetzungen. Nach Marx und En-

gels können die kapitalistische Globalisierung und ihre Widersprüche nur durch ein sozialistisches System auf Weltebene ersetzt werden. Und heute? Die zahllosen Faktoren, welche uns von „Außen“ beeinflussen, sind ebenso offensichtlich wie unsere multiethnische Realität, die inzwischen fast jedes Dorf erreicht hat. Die Aufgabe, ArbeitnehmerInnen über nationale und ethnische Grenzen hinweg

zu organisieren, ist aber für viele Gewerkschaften und linke Massenparteien (wo diese existieren) bestenfalls Beiwerk. Die SLP – weltweit mit Schwesterorganisationen in rund 45 Ländern verbunden – bemüht sich demgegenüber sowohl theoretisch als auch praktisch, den realen Problemen und dem erstarkenden Nationalismus internationalistische Antworten entgegen zu setzen.

**John Evers**

## 23 Cent pro Tag für umfassende sozialistische Informationen

Sowenig kostet ein „Alles Inklusive“ Abo bei der SLP. Mensch erhält nicht nur 10 mal pro Jahr die Zeitung Vorwärts, sondern auch alle neu erscheinenden Broschüren. Im nächsten Monat wird das ein Buch über Ungarn sein, das von der Revolution 1918/19 über den Ungarnaufstand 1956 bis zum Aufstieg von Orbán reicht.

Ein „Alles Inklusive“ Abo ermöglicht uns eine bessere Planbarkeit unserer

Finanzen und Dir/Ihnen den regelmäßigen Bezug unseres Materials. Jedes Monat im Postkasten: Berichte über Kämpfe in anderen Ländern, Analysen und Theorie.

**Einfach Dauerauftrag über mindestens 7.-/Monat auf PSK 8812.733 einrichten!**

Jeder Cent geht in die politische Arbeit. Bei der SLP gibt es weder Privilegien noch schwarze Kassen.



## Die SLP-Treffpunkte

### GMUNDEN

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Sonntag, 19<sup>00</sup> Uhr  
im 'Wiener Café'  
Esplanade Gmunden

### NIEDERÖSTERREICH

**unregelmäßige Treffen**  
Infos per E-Mail slp@slp.at

### WIEN

### GRAZ

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Mittwoch, 18<sup>00</sup> Uhr  
im 'Stockwerk'  
Jakominiplatz 18

### SLP-Jugendgruppe

jeweils Montag, 18<sup>30</sup> Uhr  
im 'Amerlinghaus'  
7., Stiftgasse 8  
U2/U3 Volkstheater; Linie 49

### LINZ

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Montag, 18<sup>00</sup> Uhr  
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

### SLP-Ortsgruppe

jeweils Mittwoch, 18<sup>30</sup> Uhr  
in der 'Pizzeria La Piazza'  
20., Gaussplatz 7  
Linie 31; Linie 5A

### SALZBURG-STADT

**SLP-Ortsgruppe**  
jeweils Mittwoch, 18<sup>30</sup> Uhr  
im 'Shakespeare'  
Hubert-Sattler-Gasse 3  
Nähe Mirabellplatz

### SLP-Unigruppe

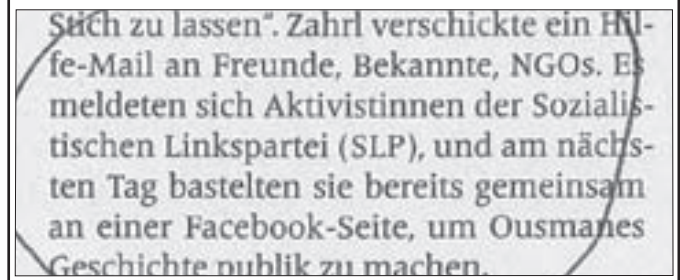
jeweils Donnerstag, 19<sup>30</sup> Uhr  
im 'Café Daun', Hinterzimmer  
8., Skodagasse 25  
Linie 43, Linie 44; Linie 13A

### SLP-Ortsgruppe

jeweils Donnerstag, 19<sup>00</sup> Uhr  
im 'Gasthaus Zypresse'  
7., Westbahnstraße 35A  
U6 Burggasse; Linie 5

Kein SLP-Treffen in der Nähe?  
Wir helfen Dir beim Aufbau!

## Andere über uns



In Nr.7/2012 berichtete das Profil über „Stegreifhelden“ – engagierte AktivistInnen, die ohne Organisation im Rücken Großes leisten. Erwähnt wird dabei auch die von der SLP initiierte vorerst erfolgreiche Kampagne gegen die Abschiebung von Ousmane C. Nur: Wir machen so was nicht aus dem Stegreif, sondern haben sowas in der Praxis gelernt. Ohne Organisation wäre das nicht möglich gewesen. Darum: Organisiert euch!

## VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen

ab € 7,-/Monat: Alles Inklusive Abo (alle Publikationen der SLP)



**VORWÄRTS Jetzt abonnieren: [www.slp.at](http://www.slp.at)**

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



ACTA – Instrument der Großkonzerne!

Mehr auf Seite 14

# Sparpaket stärkt FPÖ

*Nach WKR-Ball und weiteren Enthüllungen um schwarz-blauen Korruptionssumpf: Ist die FPÖ entzaubert?*

Das Sparpaket von SPÖ & ÖVP ist genau der Boden, auf dem die FPÖ wieder wachsen kann. Denn solange es keine Alternative von links gibt, kann sich die FPÖ als einzige Partei aufspielen, die (scheinbar) das Sparpaket kritisiert. Die kommende Krise, steigende Arbeitslosigkeit und wachsende Armut sind ein fruchtbarer Boden für simple, rassistische Scheinantworten und damit die „Teile und Herrsche“-Politik der FPÖ.

Die Empörung von Grünen, SPÖ, Kultusgemeinde u.a. wird die FPÖ nicht stoppen, denn sie beschränken sich auf die rein moralische Ebene. Gerade die SPÖ ist es, die die Sparpolitik auf Bundes- und Landesebene umsetzt. Dadurch hat Strache leichtes Spiel, indem er ArbeitnehmerInnen sagt: „Die, die uns kritisieren, machen Politik gegen euch.“ Breite Mobilisierungen, an der sich v.a. auch der ÖGB beteiligt – wie das erfolgreich gegen den WKR Ball

2012 passiert ist – können ein Teil des Kampfes gegen die FPÖ sein. Aber das reicht nicht.

**Wir brauchen** Gewerkschaften, die gegen die Kürzungen mobilisieren und diese zurückschlagen. Und wir brauchen eine politische Alternative in Form einer Partei, die wirklich die Interessen von ArbeitnehmerInnen vertritt. Nur das kann langfristig der FPÖ den Boden entziehen.

Laura Rafetseder



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.